

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.  
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann  
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 1. April 1880.

Nr. 151.

## Deutschland.

Berlin, 31. März. Ueber die Auflösung des Jesuitenordens in Frankreich schreibt die „Lafayette“:

„Den gestern im „Journal officiel“ veröffentlichten Dekreten hinsichtlich der nicht autorisierten Kongregationen ist der „Kulturkampf“ jenseit der Vogesen in aller Form eröffnet. Das Kabinett Freycinet-Ferry hat damit zugleich den 9. März d. J. von der Senatsmajorität anlässlich der Ablehnung des „Jesuitenparagraphe“ hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen und seine damalige Anfindung bewahrt, es würde nöthigenfalls von der noch bestehenden Gesetzgebung vollen Gebrauch machen. Worauf man gespannt sein muß, das ist die Ausführung der gestern publizierten Dekrete. Werden die radikalen Journale Recht behalten, welche in dem Vergehen der Regierung so lange einen Schlag ins Wasser erblickten, als dieselbe nicht zugleich die Ausweisung der Jesuiten und ihrer verwandten Kongregationen ins Werk setzte, oder wird es der Regierung auch mit den jetzt gewählten Vertheidigungsgewaffen gelingen, des Gegners Herr zu werden?“

Die Journale, welche sich stets als gewandte Taktiker erwiesen haben, so oft es gegolten hat, im Kampfe mit der Staatsgewalt derselben ein Paroli zu bieten, werden nächst nicht ermangeln, mit den üblichen Kunstgriffen, den Thatbestand zu verschleiern, indem sie durch Scheinverträge auf Art ihre vom Gesetze ins Auge gefassten Etablissements in sichere Hände bringen. Ihre Position erhält aber auch dadurch eine gewisse Stütze, daß sie auf „ihre guten Freunde“ im Senate, einschließlich der Doktrinaire vom Schlage Jules Simon's und Laboulaye's mit voller Sicherheit zählen können. Es erscheint denn in der That die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Jesuiten gegen die Regierung den „Schutz der Gejeße“ oder vielmehr den Schutz der „Magistratur“ anrufen. Gilt doch die letztere mit „Jus“ als kirchlichen Anwendungen zugänglich, so daß gerade die „Purifikation“ des Richterpersonals im Hinblick auf die gegenwärtig sich vollziehenden Vorgänge ein hauptsächlichliches Dekretum der Republikaner der vorgerückteren Parteigattungen gewesen ist. Alle bezüglichlichen Verstärkungen der Majorität der Deputiertenkammer sind jedoch bisher an dem entgegengegesetzten Willen des Senates gescheitert, in welchem einer der Wortführer der Dissidenten des linken Centrums, Herr Dufaure, noch unlängst bei der Diskussion über die Unterrichtsvorlage mit Nachdruck für die Aufrechterhaltung der Unabhebarkeit der Richter sich ausgesprochen hat.

Wollte die Regierung Jules Grevy's es auf die Nachspruchung der Tribunale ankommen lassen, so könnte sie eigenthümliche Erfahrungen machen. Es entsteht nun die Frage, ob dieselbe in der Lage ist, lediglich auf dem Verwaltungswege ihre jüngsten Verordnungen und durch Erhebung von Kompetenzkonflikten gegen die ordentlichen Gerichte durchzuführen. Gelangt die Sache vor den Staatsrath, so hat das Gouvernement weniger zu besorgen, da der „Säuberungsprozeß“ in dieser Körperschaft seiner Zeit in vollem Maße stattgefunden hat. Das Kabinett Freycinet muß darauf gefaßt sein, dem hartnäckigsten Widerstand zu begegnen. Neben einem legalen Schreingefecht für welches sie bereits ein aus Mitgliedern des Senates und der Deputiertenkammer bestehendes „Schlichtungsgremium“ organisirt haben, werden sie auch den noch gefährlicheren verdeckten Kampf gegen die Regierung führen, die andererseits bei dem leichten Einfließen, bei dem geringsten Symptom der Schwäche Versuche macht, es mit den fortgeschrittenen Republikanern zu verderben. Der von Gambetta längst angekündigte „Kulturkampf“ gegen den Klerikalismus birgt unter allen Umständen so mannigfache Gefahren, daß die republikanischen Institutionen hier ihre Feuersorge zu befehen haben werden.

Die neben den Jesuiten durch die gestern publizierten Dekrete betroffenen Kongregationen werden bekanntlich aufgefordert, die ihnen noch anstehende staatliche Genehmigung nachzusuchen, wobei sie gleichfalls für aufgestellt erklärt werden. Auch hier wird es wesentlich von der Energie der Regierung abhängen, in wie weit sie die Nachbesserung der Staatsgewalt zu wahren vermag. Erkläre sich doch bereits, wie unser Pariser Korrespondent telegraphisch mittheilt, die radikale Presse, daß keine einzige dieser Kongregationen die nurmehr vorge-

schrriebene Autorisation nachsuchen würde. Es bleibt abzuwarten, ob diese offene Drohung, den Verordnungen der Regierung Widerstand zu leisten, völlig ernsthaft gemeint ist. Dürfte man den Versicherungen der Eiferer Glauben schenken, so wäre im klerikalen Feldlager so viel Zündstoff aufgehäuft, daß die Explosion nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

Wir haben in Deutschland die Taktik der Jesuiten kennen gelernt, welche nach dem Jesuitengesetz in ihr Schluß, das Schicksal der gesamten katholischen Kirche in Deutschland hereinziehen mit Erfolg unternahmen. Nichtsdestoweniger wird sich der Kirchenfrieden über ihre Köpfe hinweg schließen. Anscheinend wird in Frankreich ein ähnliches Verhalten angestrebt; die nicht unmittelbar betroffenen Kongregationen sollen bewegt werden, den Widerstand für die Jesuiten zu übernehmen. Gelingt ihnen dies, so treiben sie die Regierung gerade so vor Schritt zu Schritt weiter, wie dies in Deutschland der Fall gewesen ist. Die französische Regierung wird sich klar gemacht haben, ehe sie den ersten Schritt gethan, daß es bei diesem schwerlich bleiben wird. Sie muß nach aller Voraussicht entweder zurück oder vorwärts.

— Aus Bukarest, 30. März, meldet „W. T. B.“:

Fürst Alexander von Bulgarien ist heute Nachmittag von hier nach Sofia abgereist. Damit ist der Zeitpunkt unmittelbar bevorstehend, wo nach dem im Voraus getroffenen Dispositionen die nach der Auflösung neu gewählte Nationalversammlung eröffnet werden wird. Nach einem Autogramm ist dazu Sonntag, der 4. April, in Aussicht genommen. Das Ministerium Clement hat bereits das Programm veröffentlicht, welches der Nationalversammlung zur Begutachtung und Genehmigung vorzulegen wird: dasselbe zeichnet sich mehr durch liberale Prinzipien als durch seine Ausführbarkeit in Bulgarien aus.

„Das Ministerium verspricht, die Verfassung heilig zu halten, die von der Nationalversammlung beschlossen und vom Fürsten sanktionierten Gesetze streng zu beobachten und jeder Behörde in der gesetzlich vollziehenden ihre Verantwortlichkeit die unabhängige und vollständige Freiheit zu überlassen. Die Gerichte werden völlig unabhängig von der Verwaltung gestellt, die Wirksamkeit der letzteren soll sich nur beschränken auf die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, auf die Sorge für die Sicherung der persönlichen Freiheit, auf die Vorbeugung öffentlichen und privaten Unglücks und Elends und in der Heranbildung und Eignung der Gemeinden zur Selbstverwaltung, welche sie gesetzlich erhalten werden. Das Ministerium wird dafür Sorge tragen, daß allen Bürgern ohne Unterschied des Glaubens, der Nationalität und des Standes das Leben, die Ehre und das Eigenthum, sowie die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte vollständig gesichert werden und daß kein Unterschied vor dem Gesetze stattfindet. Die Beamten werden vor der Willkür ihrer Vorgesetzten gesichert und keiner wird ohne einen vorhergehenden richterlichen Urtheilspruch, außer bei erwiesener Unfähigkeit oder Trägheit, abgesetzt, ohne je mehr einen Staatsdienst zu erziehen. Die Gerichte werden reorganisiert und durch Friedensgerichte vervollständigt werden. Die Rechte und die Privilegien des Fürsten sowie die Rechte der gesetzgebenden Gewalt bleiben ein Heiligtum, welches das Ministerium beschützen wird. Der Nationalversammlung wird die Möglichkeit geboten werden, die notwendigen Erleichterungen betreffs der Einhebung der Steuern zu beschließen. Bezüglich der äußeren Politik wird das Ministerium den internationalen Verträgen treu bleiben und wird sich bemühen, die Freundschaft der Großmächte und der nachbarlichen Regierungen zu gewinnen und zu erhalten.“

Wenn man den darüber umlaufenden Mittheilungen Glauben schenken darf, werden die Zweifler an der Ausführbarkeit nicht am wenigsten vom Fürsten Alexander selber getheilt, der Fürst und sein Vater, der Prinz Alexander von Hessen, haben die verschiedenen Höfe, zu denen sie Beziehungen unterhalten, schriftlich und mündlich auf die Unhaltbarkeit der bulgarischen Zukunft unter der gegenwärtigen Verfassung hingewiesen. Es soll dabei nicht an der Andeutung gefehlt haben, daß der russische Generalgouverneur Fürst Dondukow-Korsakow, welcher bekanntlich eine Zeit lang sich selber darauf Rechnung gemacht hatte, den bulgarischen

Fürstenthron zu besteigen, die bulgarische Verfassung absichtlich in einer Form, die das Regieren damit fast zu einer Unmöglichkeit mache, habe zu Stande kommen lassen um dem ersten Fürsten von Bulgarien das Leben möglichst sauer zu machen und den Entschluß zur Abdankung ihm nahelegen. Und die in Bulgarien zurückgebliebenen russischen Civil- und Militärbeamten sollen durch ihre Haltung nicht gerade dazu beitragen, dem Fürsten das Regieren zu erleichtern. Dr. „Times“ wird in dieser Hinsicht aus Wien geschrieben:

„Es scheint jetzt, daß Fürst Alexander mit seiner Reise nach Petersburg nicht allein die Beilegung jener Schwierigkeiten im Auge gehabt hatte, welche sich auf seine Konflikte mit der Fortschrittspartei beziehen. Obgleich er vollkommen die Vortheile anerkennt, welche ihm aus der Anwesenheit und Kooperation der ihm zur Verfügung gestellten geschulten russischen Civil- und Militärbeamten erwachsen, so findet er doch, daß dieselben ihm in der Behauptung seiner Autorität im Fürstenthum hinderlich sind. Da diese Beamten die besten Stellen einnehmen, so erregen sie die Eifersucht der Eingebornen. Sie sind überdies nicht gerade leicht zu kontrolliren. Obgleich der größte Theil derselben nominell Bulgaren geworden sind, bilden sie doch eine geschlossene Körperschaft und gehören ohne Ausnahme blindlings ihren unmittelbaren Vorgesetzten. Statt daher den Fürsten in seiner schwierigen Stellung zu unterstützen, erschweren sie ihm dieselbe. Welche offizielle Stellung sie auch behaupten mögen, werden sie vom Volke stets als die Vertreter Auslands — der Macht, welche Bulgarien gescheitert ist — und als die Vertheiliger seiner Wünsche betrachtet. Jedes absichtliche und zufällige Wort, welches sie fallen lassen, wird als der Ausdruck der Wünsche Auslands betrachtet, noch mehr bezieht sich dies natürlich auf ihre Handlungen. Einige derselben scheinen sich in dieser Hinsicht nicht gerade sehr distret genommen haben. Insbesondere im Falle eines offenen Bruchs zwischen dem Fürsten und der Fortschrittspartei — von welcher angenommen wird, daß sie auf die volle Verwirklichung der bulgarischen Idee abzielt — würde eine Uebereinstimmung des Fürsten mit den russischen Beamten nur dazu dienen, den Bruch zu erweitern. Die diesbezüglichen Vorstellungen, welche der Fürst in Petersburg gemacht hat, scheinen nicht ganz erfolglos gewesen zu sein, und wird erwartet, daß einige Beamte, welche er als ganz besonders mißlieblich bezeichnet hat, abberufen werden sollen, natürlich nur, um durch andere ersetzt zu werden; es fragt sich somit noch immer, ob er durch den Tausch viel gewinne. Russische Beamte sind meist eines Schlags und steht eine Radikalkur nur dann zu erwarten, wenn sämtliche russische Beamte aus Bulgarien entfernt werden.“

— Die Wahlen in England haben bereits gestern begonnen. In elf Wahlkreisen erfolgte die Wahl ohne Opposition; in Liverpool, welches drei Parlamentssitze zu vergeben hat, siegen die bisherigen konservativen Vertreter, der Präsident des Handelsamtes Viscount Sandon und der Advokat E. Whitley, welcher bei der letzten Erswahl vor einigen Wochen den liberalen Gegenkandidaten Lord Ramsay mit großer Mehrheit schlug. Der Ausfall dieser Ergänzungswahl hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, das Ministerium zu ermutigen, schon jetzt den Appell an die Nation zu wagen. Lord Ramsay hatte sich mit Zustimmung Lord Hartington's und anderer Parteihäupter bei seinen damaligen Wahlreden, um die Stimmen der irischen Wähler zu gewinnen, in ziemlich unbedingter Weise zu Gunsten irischer Homerule ausgesprochen. Da die Wahl gegen ihn entschied, so hatte er durch Liebkügeln mit den Homerule den Konservativen das so effektvolle Lösungswort „Nichtsinteresse“, „Nichtsfeind“, welches in dem Wahlkampfe in allen Variationen gegen die Opposition erkörnte, an die Hand gegeben. Lord Ramsay, der im Interesse der Partei bei seiner Wahlagitatio sehr tief in den Sadel hatte greifen müssen, hatte dadurch Anspruch auf die Dankbarkeit seiner Parteigenossen erworben. Er ward an Stelle des einzigen liberalen Vertreters von Liverpool W. Rathbone aufgestellt und gewählt. Im Ganzen sind bei den gestrigen Wahlen zehn Liberale und acht Konservative gewählt worden.

## Ausland.

Paris, 30. März. Die Dekrete gegen die

Kongregationen finden auch in republikanischen Kreisen mannigfache Kritiken. Ohne die strikte Geseßlichkeit derselben zu befechten, lassen doch manche Blätter die Befürchtung laut werden, daß sie in ihrer praktischen Wirkung resultatlos und zugleich nur zur Aufreizung religiöser Leidenschaften dienen könnten; die Radikalen beharren auf dem Standpunkte der Trennung der Kirche vom Staat, die Liberalen betonen, daß das Prinzip der Freiheit ausreichend stark gewesen sei, den Klerikalismus zu bekämpfen. Dem gegenüber mahnen die opportunistischen Organe energisch zur unbedingten Unterstützung der Regierung in ihrem Vorgehen. Die Klerikalen und Monarchisten führen natürlich die heftigste und leidenschaftlichste Sprache offener Feindschaft. Aus ultramontanen Kreisen erfahre ich, daß die Kongregationen sich den Dekreten nicht unterwerfen und ihre Autorisation nicht nachsuchen, vielmehr legalen Widerstand bis zum äußersten leisten und abwarten würden, daß die Regierung mit Exekutivgewalt vorgehe. Die Jesuiten haben bereits alle Schritte zur Klage bei den Gerichten wegen Verletzung ihrer Privatinteressen und zu Protesten bei dem Staatsrath wegen Mißbrauchs der Gesetze gegen sie vorbereitet. Die ultramontane Presse bestätigt dies im Allgemeinen, republikanischerseits wird dagegen gemeldet, daß die Kongregationen die Autorisation nachsuchen wollen und daß der Nuntius Msgr. Gaetti sogar in vorsichtiger Weise die Unterwerfung angerathen habe.

Petersburg, 29. März. Vor mehreren Tagen veröffentlichte das Exekutiv-Komitee der Sozialrevolutionäre einen Aufruf an die Parteigenossen, worin Folgendes gesagt wurde:

„Freunde! Es haben uns in letzter Zeit zwei harte Schläge getroffen (es ist die Aufhebung der Druckerien der „Narodnaja Wolja“ und des „Ischerny Perebel“ gemeint), laßt aber deswegen den Muth nicht sinken. Unsere Partei wird sich nicht nur erhalten, wie sie ist, sie wird unaufhörlich zunehmen und stärker werden, wenn ihr Fortschritt unverzagt eure Schuldigkeit zu thun. Unsere Zeitungen und überhaupt unsere regelmäßigen Drucksachen werden in kurzer Zeit wieder erscheinen. Es sind die in dieser Hinsicht nöthigen Schritte bereits gethan worden.“

Daß die Aufhebung zweier Druckerien der publizistischen Thätigkeit des Komitees beträchtlichen Abbruch gethan, merkte man erstens daran, daß seit der Aufhebung des „Ischerny Perebel“ keine vollständige Zeitung mehr erschien, und zweitens erkennt man an der Art und Weise, wie die letzte eben erwähnte Proklamation gedruckt ist, eine bedenkliche Armut an Buchstabenvorrath. Die neueste Proklamation ist gerade so wie die russischen Telegramme abgefaßt, nämlich unter Weglassung der verschiedenen stimmenden Endbuchstaben und unter Vereinfachung der gleichlautenden Vokale. Es war den nihilistischen Führern jedenfalls sehr peinlich, verrathen zu müssen, wie empfindlich sie die Vorgänge in beiden Fällen geschädigt haben. Deshalb kündigten sie an, Zeitungen und Broschüren würden in kurzer Zeit wieder erscheinen und man habe hierzu bereits die nöthigen Schritte gethan. Nun aber ist in der kleinen Meschtschanska (nicht der mittleren) abermals eine Druckerei aufgehoben worden, das heißt eine, die noch nicht einmal bestand, sondern erst eine werden sollte. Die im Koslowschen Hause wohnenden Arbeiter sind nämlich in einer hiesigen Druckerei als einfache Bogenausleger beschäftigt, also als sehr untergeordnete Leute, und einige von ihnen haben aus dem Etablissement eine alte Presse entwendet und mit nach Hause genommen. Vermuthlich hatte ihnen irgend jemand Auftrag ertheilt, die Presse gegen eine Belohnung zu stehlen. Der Diebstahl ist nun geglückt, aber die dummen Teufel von Arbeitern schleppten die Presse so ungeschickt ins Haus hinein, daß der Dwornik, den man sonst doch für Schnaps bis ans andere Ende Petersburgs schicken kann, sie sehen mußte und bei der Polizei über den ihm verdächtigen Gegenstand Anzeige machte. Die Verhaftung der Arbeiter erfolgte, ehe der unbekannte Besteller das Ding abholen konnte. Vielleicht gelingt es der Polizei, den Auftraggeber vermittelt der Aussagen der Arbeiter ausfindig zu machen und festzunehmen; jedenfalls aber hat man an den verhafteten Bogenauslegern einen nur sehr mittelmäßigen Fang gemacht.

Von Wichtigkeit dagegen ist die augenscheinliche Thatfache nebst den moralischen Folgen, daß



der fängniß, Sie machten eine meiner Töchter zu



zahlung 2000 Thlr. Näheres durch  
C. Stuhlmannschen, Königlich Preuss.



